



---

## **Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen**

19. Sitzung (nicht öffentlich)

17. September 1997

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.15 Uhr

Vorsitz: Adolf Retz (SPD)

Stenographin: Heike Niemeyer

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1998 (Haushaltsgesetz 1998)**

1

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/2400

Vorlagen 12/1502 und 12/1545

- Einführungsrede der Ministerin für Stadtentwicklung, Kultur und Sport, Ilse Brusis
- Ohne Aussprache überweist der Ausschuß die entsprechenden Ansätze des Einzelplans 15 zur Beratung an den Unterausschuß "Personal" des Haushalts- und Finanzausschusses.
- Die Haushaltsberatungen sollen am 8. Oktober und am 26. November, dann mit der Antragsberatung, fortgesetzt werden.

**2 Erfahrungen mit dem Einzelhandelserlaß**

1

- Bericht der Ministerin für Stadtentwicklung, Kultur und Sport, Ilse Brusis
- Diskussion mit den Schwerpunkten "Sortimentsbeschreibung", "Ausdehnung des Instrumentariums betreffend die Ansiedlung großflächigen Einzelhandels auch auf Innenstädte", Schadensersatzansprüche von Investoren gegen Kommunen".

**3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1998 (Haushaltsgesetz 1998)**

7

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/2400

Vorlagen 12/1481 und 12/1553

- Einführungsrede des Staatssekretärs des Ministeriums für Bauen und Wohnen
- Im Anschluß an eine kurze Diskussion schlägt der Vorsitzende auf Anregung von Donata Reinecke (SPD) vor, die Komplexe "Wohnungsbindungen" und "REN-Programm" als gesonderte Tagesordnungspunkte in absehbarer Zeit zu behandeln.
- Die entsprechenden Ansätze des Einzelplans 14 überweist der Ausschuß an den Unterausschuß "Personal" des Haushalts- und Finanzausschusses.
- Die Haushaltsberatungen sollen am 8. Oktober und am 26. November, dann mit der Antragsberatung, fortgesetzt werden.

**4 Empfehlungen zum Brandschutz für Flugplätze in Nordrhein-Westfalen  
und andere Sonderbauten für große Menschenansammlungen** 9

Vorlage 12/1445

- Bericht des Staatssekretärs des Ministeriums für Bauen und Wohnen
- kurze Diskussion

**5 Änderungen in der Wohneigentumssicherungshilfe** 12

- Bericht des Staatssekretärs des Ministeriums für Bauen und Wohnen

**6 Veränderungen bei der Erhebung der Fehlbelegungsabgabe** 13

- Bericht des Staatssekretärs des Ministeriums für Bauen und Wohnen
- kurze Nachfragen zu den Themen "Pauschale Freistellung von Siedlungen bzw. Siedlungsteilen" und "Wiedereinführung der Freibeträge für Schwerbehinderte"

\*\*\*\*\*



Das Ergebnis des Vermittlungsausschusses laute also zusammengefaßt:

- Ermächtigung für die Länder, die eben genannte Regelung zu treffen;
- Begrenzung einer solchen Regelung bis zum Jahre 2004
- Entschädigungsregelung.

Die Landesregierung befinde sich diesbezüglich zur Zeit in Gesprächen mit den betroffenen Ressorts und mit den kommunalen Spitzenverbänden wegen der finanziellen Auswirkungen auf die Gemeinden.

Der **Vorsitzende** bittet die Ministerin darum, sich für eine Angleichung des Planungsrechts in den europäischen Nachbarländern einzusetzen. Da die Niederlande und Belgien zu großflächigen Ansiedlungen eine andere Meinung verträten, hätte Nordrhein-Westfalen mit seinem Einzelhandelserlaß zwar Gutes gewollt, doch dieses Ziel letztlich nicht erreicht, wenn sich Großprojekte dann in den Nachbarländern an der Grenzstrecke ansiedelten.

Da die Landesregierung diese Gefahr für die deutsche Grenzregion bei Herausgabe des Einzelhandelserlasses gesehen habe, habe sie, **Ilse Brusis**, sich bereits im vergangenen Jahr an Bundesbauminister Dr. Töpfer mit dem Hinweis auf die dringend notwendige einheitliche Regelung in den angrenzenden Ländern gewandt. Minister Dr. Töpfer habe dieses Problem im Rahmen der europäischen Raumordnungsregelungen ansprechen wollen. Sie werde sich nach den Ergebnissen dieser Bemühungen erkundigen.

**Bernhard Schemmer (CDU)** warnt davor, die Fragestellung der Vereinheitlichung des Rechts isoliert auf den Einzelhandelserlaß anzugehen. Denn das gesamte uneinheitliche Planungsrecht behindere wegen der großen Diskrepanzen zwischen den europäischen Ländern die städtebauliche und infrastrukturelle Entwicklung in der Bundesrepublik.

### **3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1998 (Haushaltsgesetz 1998)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/2400

Vorlagen 12/1481 und 12/1553

*(Die Einführungsrede StS Morgensterns [Ministerium für Bauen und Wohnen] ist der Vorlage 12/1553 zu entnehmen.)*

**Bernhard Schemmer (CDU)** bezieht sich auf die seines Erachtens auch vom Staatssekretär geschilderte schleppende Wohnungsbautätigkeit, belegt anhand der Bewilligungszahlen zum 31. Juli, und erkundigt sich, inwieweit dabei die angekündigte Änderung der Wohnungsbauförderungsrichtlinie in 1998 eine Rolle spiele und ob es weitere, über die vom Minister bereits in den letzten Ausschusssitzungen vorgenommenen Relativierungen hinausgehende, neue Erkenntnisse gebe.

**StS Morgenstern (MBW)** macht nochmals auf die mit Blick auf die Finanzierung des Wohnungsbauförderungsprogramms immer größer werdenden Schwierigkeiten aufmerksam, die vorgesehenen 27 000 Wohneinheiten zu realisieren. Auf der anderen Seite bestehe nach wie vor Bedarf insbesondere an preiswertem Wohnraum.

Wie bekannt, habe das Ministerium schon für 1997 mit Hilfe eines Bürgschaftsmodells den Kreis der Anspruchsberechtigten auf bestimmte, die Einkommensgrenze überschreitende Gruppen - laut Angaben der LBS und anderer Institute existiere eine große Nachfrage - ausdehnen wollen, doch sei es auch bis zu den diesjährigen Haushaltsberatungen des Bundes nicht gelungen, mit Bundesbauminister Dr. Töpfer eine Einigung über die Übernahme der Rückbürgschaften in Höhe von 50 % - dem bisher üblichen Satz - durch den Bund zu erzielen, obwohl dieser zunächst den breit angelegten Einstieg Nordrhein-Westfalens in das Bürgschaftsmodell begrüßt habe. Das Land werde nun versuchen, seine Absicht mit eigenen Mitteln zur verwirklichen.

Seines Erachtens gebe es Möglichkeiten, das Programm in der angekündigten Quantität fortzuführen. Die Beratungen erforderten allerdings noch einige Wochen. - Die heute im Wohnungsbauförderungsausschuß der WFA bekanntgegebenen Zahlen dokumentierten im übrigen, daß die Ablaufraten die des Vergleichszeitraumes des Vorjahres in allen Bereichen, insbesondere im Eigentumsbereich, überstiegen.

Anschließend geht der Staatssekretär auf Nachfrage Bernhard Schemmers auf die Stichworte "400 m<sup>2</sup>" und "SPNV-Anbindung" ein: Diese Voraussetzungen würden so in die Wohnungsbauförderungsbestimmungen 1998 aufgenommen.

Auf Anregung der **Donata Reinecke (SPD)** schlägt der **Vorsitzende** vor, die Komplexe "Wohnungsbindungen" und "REN-Programm" als gesonderte Tagesordnungspunkte in absehbarer Zeit zu behandeln.

Die entsprechenden Ansätze des Einzelplans 14 überweist der **Ausschuß** an den Unterausschuß "Personal" des Haushalts- und Finanzausschusses.

Die Haushaltsberatungen sollen am 8. Oktober und am 26. November, dann mit der Antragsberatung, fortgesetzt werden.